

wenn Zbigniew Brzezinski, einer der USA-Politologen, bereits 1964 in einem Vortrag im Institut für Internationale Politik in Prag zu dem Thema sprach: „Das Ende des Leninismus“, wobei seine Ausgangsthese darin bestand, daß der Leninismus für eine entwickelte moderne Gesellschaft keine Geltung mehr habe. Er hat so schon 1964 die Möglichkeit gehabt, offen in der Hauptstadt der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik gegen den Leninismus aufzutreten und die konterrevolutionäre Propaganda vorzubereiten. Ein Jahr später erklärte er in seinem Buch „Alternative zur Spaltung — für eine weiter gefaßte Konzeption von der Rolle Amerikas in Europa“: „Am wünschenswertesten wäre es, wenn der Prozeß der Änderung mit der inneren Liberalisierung der osteuropäischen Länder beginnt.“ Es geht also hier nicht um partielle Fragen, sondern um die Grundfrage des Sozialismus überhaupt. Es geht nicht um eine Frage der CSSR, sondern um die Frage des Kampfes zwischen den beiden Weltsystemen. Brzezinski hat das ganz offen formuliert. Er ist selbst einer der engsten Mitarbeiter der Staatsführung der USA.

Lob seitens der Imperialisten ernten jene, die vor dem Druck des Antikommunismus zurückweichen, den Kampf gegen die bürgerliche Ideologie einstellen und Konzessionen an die Imperialisten machen. Dabei sind die Argumente oft unterschiedlich. Es ist doch kein Zufall, daß gerade Herr Brandt ausdrücklich Lob für die Einführung des Sozialdemokratismus in der CSSR spendete.

Damit lobte er die Anleihen beim Kapitalismus, bei der bürgerlichen Demokratie und der sozialdemokratischen Politik.

In der Tschechoslowakei war es unter dem Einfluß bürgerlicher Ideologien kleinbürgerlichen, halbarchaischen Schriftstellern und Journalisten gelungen, entscheidende Positionen in den Massenmedien zu besetzen und als politisches Zentrum zu wirken. Sie waren beherrscht von der Konvergenztheorie, von dem Streben, zwischen den kapitalistischen Staaten und der sozialistischen Staatengemeinschaft das Modell eines besonderen Weges, eines dritten Weges, zu demonstrieren. Das kam in der Plattform, die Svitak in der Gewerkschaftszeitung „Práce“ veröffentlichte, und im Dokument „2000 Worte“, in den Erklärungen von Snejdarek in Frankfurt am Main und anderer tschechoslowakischer Politiker zum Ausdruck.

Die politische Analyse der Vorgänge in der CSSR hat prinzipielle Bedeutung für die Strategie und Taktik der marxistischen Parteien, unabhängig davon, ob sie sich an der Macht befinden oder nicht.

Die Analyse zeigt: Das schleichende Gift der bürgerlichen Ideologie richtete sich vor allem gegen die marxistisch-leninistische Partei, gegen ihre revolutionäre Theorie und Praxis.

Das fing zunächst sehr „harmlos“ an: Man sprach von einer „humanen Sendung der Partei“, von der Notwendigkeit, „die unformelle, natürliche Autorität der Partei“ zu verwirklichen. Die führende Rolle der Partei könne doch nicht mehr verstanden werden als Monopol, als Konzentration der Macht. Sie solle vielmehr ihre Politik so durchführen, „daß sie sich ihre führende Rolle im Wettbewerb mit anderen verdient“, d. h. mit antisozialistischen Parteien. Man redete nicht mehr von der Partei als der Partei der Arbeiterklasse. Mystisch und geheimnisvoll wurde von ihrer „Sendung“ gesprochen, die vor allem darin liege, „sozialistische Initiative hervorzurufen“.

Nachdem die Diskussion so eingeleitet war, gingen die antisozialistischen Kräfte zu direkten revisionistischen und konterrevolutionären Angriffen gegen die führende Rolle der Partei über: „Das Übermaß an Macht“ sei

„ein Hindernis!“ Die Partei müsse „eine tiefgreifende Renaissance durchmachen“. Es sei notwendig, „die grundlegenden Prinzipien zu überprüfen“. Vor allem müsse es zur Bildung von „Gruppen mit unterschiedlichen Meinungen innerhalb der Partei“ kommen.

Diese mit Unterstützung aller Massenmedien geschürten feindseligen Attacken gegen die Partei der Arbeiterklasse führten schließlich zur offen konterrevolutionären Losung der „Trennung der Partei von der Macht, von der Leitung des Staates, der Wirtschaft, der Wissenschaft und Kultur“. Die führende Rolle der Partei sei „eine ganz unpassende Art des politischen Lebens“, erklärte Ivan Svitak in seinem von der Gewerkschaftszeitung „Práce“ veröffentlichten konterrevolutionären Programm. Inzwischen hat sich dieser Herr nach dem Westen abgesetzt und ist als Professor im antikommunistischen Institut des Theoretikers der USA-Globalstrategie, Herrn Brzezinski, gelandet.

Was, so fragte sich jeder, sollte dann wohl an die Stelle der Arbeiter-und-Bauern-Macht, an die Stelle der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei treten? Die revisionistischen, antisozialistischen und konterrevolutionären Kräfte gingen zunächst getarnt unter der Losung des „politischen Pluralismus“ gegen die Errungenschaften der sozialistischen Gesellschaftsordnung vor. Der „politische Pluralismus“ wurde zur „Staatsdoktrin“ der Konterrevolution, zur Legalisierung ihres Kampfes für die Beseitigung des Sozialismus. Der „Pluralismus“ bestand in der Legalisierung antisozialistischer und offen konterrevolutionärer Klubs und Organisationen. Diese Theorie ist keineswegs originell, sondern eine ideologische Antiquität der psychologischen Kriegführung und der sogenannten neuen Ostpolitik. Für den Kampf gegen den wissenschaftlichen Sozialismus erscheint allen antisozialistischen Kräften dieser „Pluralismus“ deshalb als besonders geeignet, weil er von objektiven Gesetzmäßigkeiten, die die Entwicklung der Gesellschaft bestimmen, keinerlei Notiz nimmt, ihre Existenz oder zumindest ihre Erkennbarkeit in Abrede stellt. Die Gesellschaft sei in einen verwirrenden Kampf der Interessengruppen verstrickt, der sich kreuz und quer durch alle gesellschaftlichen Klassen und Schichten mit jeweils wechselnden Standpunkten der gleichen Personen ziehe. Dieser Kampf der Interessengruppen soll nun nach der Theorie des „Pluralismus“ durch ein Ausbalancieren der divergierenden Interessen auf einen mittleren Wert durch permanente Kompromisse gedämpft und in einem labilen Gleichgewicht gehalten werden. Diese Aufgabe habe nach Meinung dieser Pluralisten der sozialistische Staat zu erfüllen. Er sei der Ausgleicher zwischen allen diesen Interessengruppen.

Westdeutsche Fachleute für konterrevolutionäre Tätigkeit haben dafür die Bezeichnung „gewaltfreier Aufstand“ erfunden. Dafür gibt es ein ganzes Programm: Man kann genau vergleichen zwischen diesem in Westdeutschland ausgearbeiteten Programm und den Maßnahmen, die verschiedene Klubs in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik durchgeführt haben. Das ganze Problem bestehe nur darin, daß sich dieser Interessenkampf, dieser „gewaltfreie Aufstand“, angeblich nicht in bürgerkriegsähnlicher, sondern in zivilisierter Form, mit guten Manieren und sogar mit Duldung eingeschüchterter staatlicher Organe vollziehe. Das sei das Wesen der Demokratie, und dafür habe der Staat zu sorgen. Der sozialistische Staat habe dabei sozusagen im Namen der Ordnung noch mitzuhelfen.

Was das Mehrparteiensystem in kapitalistischen Ländern betrifft, so ist das eine grundsätzlich andere Frage als in sozialistischen Ländern. Daß in kapitalistischen Ländern im Kampf der Arbeiterklasse und